

Tübingen, 15.03.09

Interfraktioneller Antrag: Unterstützung der Kampagne „Save me“- Aufnahme von Flüchtlingen in Tübingen

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die Universitätsstadt Tübingen erklärt ihre Bereitschaft, regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen von Resettlementprogrammen der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. Der Gemeinderat der Stadt Tübingen fordert die Bundesregierung auf, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.)

Begründung:

Millionen schutzbedürftige Flüchtlinge weltweit befinden heute sich in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzuflüchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 41.300 Flüchtlingen im Jahr 2006). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit. Die BRD hat sich bisher nicht an diesem Programm beteiligt, wird nun jedoch erstmals im Rahmen des Programms 2500 irakische Flüchtlinge aufnehmen.

Schätzungsweise 2,2 Millionen irakische Flüchtlinge leben nach wie vor unter erbärmlichen Bedingungen insbesondere in den Nachbarstaaten Syrien und Jordanien. Über 200.000 sind Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten, die wenig Aussicht auf eine baldige

Rückkehr in den Irak haben. Allein die Zahl der Notfälle, die unbedingt sofort Schutz in aufnahmebereiten Ländern benötigen, wird auf über 60.000 geschätzt.

Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.

Im Rahmen der Kampagne „Save me“ setzen bereits 54 Gruppierungen und 135 Einzelpersonen aus Tübingen (Stand 15.03.09) ein Zeichen für den aktiven Flüchtlingsschutz. Als Patinnen und Paten erklären sich diese Personen bereit, Flüchtlinge in ihrem Alltag zu unterstützen und die Integration zu erleichtern (www.save-me-tuebingen.de).

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen begrüßt dieses Engagement und unterstützt die Kampagne mit den oben genannten Beschlüssen.

Für die Fraktion

AL/Grüne: Cordula Rutz

SPD: Dr. Martin Rosemann

TÜLL: Anton Brenner